

WISA vorwärts für Sachsen-Anhalt

SPD-Landtagsfraktion setzt Schwerpunkte für 2019: „Unsere **Vorhaben** sind ehrgeizig, aber realistisch“

Die SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt ist mit klaren Signalen für eine offensive sozialdemokratische Politik ins politische Jahr gestartet. Bei einer zweitägigen Klausurtagung in Tangermünde am ersten Februarwochenende berieten die Abgeordneten gemeinsam mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der Landesregierung über politische Schwerpunkte für 2019. „Für dieses Jahr haben wir uns ehrgeizige, aber realistische Projekte vorgenommen – im Interesse der Menschen in Sachsen-Anhalt und mit einem klaren sozialdemokratischen Profil“, sagte die Fraktionsvorsitzende Katja Pähle nach der Beratung.



Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen: In den Tagen vor der Klausur hatte die SPD-Fraktion mit Bürgerinitiativen von Betroffenen aus dem ganzen Land diskutiert. Für die SPD bleibt es dabei: 2019 soll das Jahr werden, in dem die Straßenausbaubeiträge in Sachsen-Anhalt fallen. Die CDU hat mit ihrem Widerstand gegen die Abschaffung auch kaum noch Rückhalt im Land, und der Unmut in ihren eigenen Reihen wächst immer mehr. In einer Arbeitsgruppe der Koalition wird die SPD einen konkreten Vorschlag zur Ausgestaltung vorlegen, der sich an den Erfahrungen anderer Bundesländer orientiert.

Azubiticket: Die Erwartungen von Unternehmen, Kammern, Gewerkschaften und Auszubildenden an ein Azubiticket sind hoch. Gleichzeitig kommt die Landesregierung mit der Prüfung, wie das umgesetzt werden kann, nicht voran. Die Unzufriedenheit darüber war in der Fraktionsklausur mit Händen zu greifen. Andererseits erleben wir, dass in immer mehr Ländern Azubitickets eingeführt werden – zuletzt in Hessen und in Sachsen. Die SPD-Fraktion hat sich deshalb vorgenommen, selbst auf Verkehrsunternehmen zuzugehen und Ansätze für ein Modellprojekt zu entwickeln.

Vergabegesetz: Über den aktuellen Stand der Vorbereitung eines neuen Vergabegesetzes informierte in der Klausurtagung Wirtschaftsminister Armin Willingmann, der dazu jüngst Eckpunkte vorgelegt hatte. Die SPD-Fraktion stellte sich geschlossen hinter seinen Vorschlag, die Zahlung von Tariflöhnen zum entscheidenden Kriterium

der Vergabe öffentlicher Aufträge zu machen und zusätzlich für nicht tarifvertraglich geregelte Bereiche einen Vergabemindestlohn als Untergrenze einzuführen. Denn für die SPD ist klar: Tarifvorgaben im Gesetz schützen unsere Betriebe vor Preisdumping und unlauterer Konkurrenz. Und anständige Löhne zu zahlen, ist zudem ein Vorteil im Wettbewerb um Fachkräfte und Auszubildende. Willingmann informierte darüber, dass als nächster Schritt Gespräche mit den Koalitionsfraktionen geplant seien.

Strukturwandel: Ausführlich diskutierte die SPD-Fraktion über die Ergebnisse der „Kohlekommission“ und die Chancen für den Strukturwandel im Braunkohlerevier. Nach dem erreichten Kompromiss trägt die Landesregierung nicht nur Verantwortung für die vertragliche Absicherung des Strukturwandels mit dem Bund, sondern auch für die Ausgestaltung und Realisierung der Vorhaben in der Region. Die SPD-Landtagsfraktion will in der Region eine Reihe von Dialogveranstaltungen durchführen, um Beteiligte und Betroffene in die politische Debatte über Zukunftsperspektiven einzubeziehen. Dabei soll es unter anderem um Branchenstrukturen, Qualifikationschancen und die Kooperation mit den wissenschaftlichen Einrichtungen in Halle, Merseburg und der Region gehen.

Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes: Sozialministerin Petra Grimm-Benne informierte über die Abstimmungen mit der Bundesregierung zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes in Sachsen-Anhalt. Der Landtag hatte auf Initiative der SPD-Fraktion in seiner ersten Sitzung in diesem Jahr dazu bereits einen Beschluss gefasst, in dessen Zentrum ein „Kita-Fachkräfte-Pakt“ steht. Ziel ist eine Qualifizierungsoffensive und die Gewinnung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern für den Erzieherberuf. Die SPD-Fraktion bekräftigte in diesem Zusammenhang auch die Forderung nach Schulgeldfreiheit für Erzieher- und Gesundheitsberufe. Auch dazu hatte die SPD einen Beschluss initiiert, mit dem sich der Landtag zu diesem Ziel bekannte.



Fazit: Die Zusammenarbeit in der Koalition mit CDU und Grünen wird in einem Jahr mit zahlreichen Wahlkämpfen nicht einfacher werden. Umso wichtiger ist, dass die Bürgerinnen und Bürger

erkennen können, wofür die SPD Sachsen-Anhalt steht, sowohl im Landtag als auch in den Kommunen. Dafür hat die Landtagsfraktion mit ihren thematischen Schwerpunkten klare Wegmarken gesetzt. ■



Liebe Genossinnen und Genossen,

über die SPD und ihre Ideen wird wieder gesprochen in diesen Tagen. Und diese Entwicklung haben wir selbst in Gang gesetzt.

Schon im vergangenen Jahr haben wir ordentlich was rausgeholt in Berlin. Ob Gute-Kita-Gesetz oder Starke-Familien-Gesetz, ob Mindestausbildungsvergütung oder BaFöG: Es ist immer die SPD, die in dieser Koalition für Fortschritte steht, von denen die Menschen in unserem Land profitieren können. Aber das wurde oft überschattet von den vielen Auseinandersetzungen mit einer auf Blockade ausgerichteten Union

Doch mit Beginn dieses Jahres haben wir mit der Initiative für die Grundrente und unserem neuen Sozialstaatskonzept Themen gesetzt, die die politische Debatte bestimmen und denen derzeit niemand ausweichen kann. CDU und CSU haben dem nichts entgegenzusetzen. In Sachsen-Anhalt sieht es ganz ähnlich aus: Auch bei Straßenausbaubeiträgen, beim Vergabegesetz und beim Azubiticket ist die CDU in der Defensive. Diesen Vorsprung müssen wir nutzen, auch im anstehenden Wahlkampf für die Europa- und Kommunalwahl am 26. Mai 2019.

Auch für mich selbst war der Anfang des Jahres eine bewegte Zeit. Sicher habt Ihr mitbekommen, dass ich mein Bundestagsmandat in der zweiten Jahreshälfte aufgeben möchte. Ich will das gerne auch hier erklären.

Mein Ziel war es immer, mich nie gänzlich von der hauptamtlichen Politik abhängig zu machen, sondern irgendwann einmal in meinen alten Beruf zurückzukehren. Und in diesem Jahr ist die Übernahme einer Notarstelle für mich auf absehbar lange Zeit die letzte Möglichkeit, wieder in meinen Beruf zu wechseln und gleichzeitig in meiner Heimat Magdeburg zu bleiben. Denn Notarstellen werden in der Regel nur vergeben, wenn ein Amtsinhaber ausscheidet.

Ein Nebeneinander von Mandat und Beruf kommt für mich nicht in Betracht. Mein Anspruch war immer, mich ganz auf meine Abgeordnetentätigkeit zu konzentrieren. Daher habe ich in den vergangenen zehn Jahren im Parlament auch nie eine Nebentätigkeit ausgeübt. Dabei werde ich bleiben, auch wenn mir meine Entscheidung sehr, sehr schwer gefallen ist.

Ich werde mit ganzer Kraft mein Abgeordnetenmandat bis zu meinem Ausscheiden aus dem Bundestag ausüben. Dasselbe gilt für mein Amt als SPD-Landesvorsitzender bis zur Wahl eines neuen Landesvorstands Anfang 2020. Wie wir in einem transparenten Verfahren und unter breiter Beteiligung der Mitglieder diesen neuen Landesvorstand bestimmen wollen, könnt Ihr in dieser Ausgabe nachlesen.

Wir haben jetzt allen Grund, mit Kampfgeist nach vorne zu schauen. Es ist gut zu erfahren, dass Politik wieder Spaß und Mut machen kann. Lasst uns diesen Weg gemeinsam weitergehen.

Euer

Burkhard Lischka

#SPDerneuern: Der Osten kommt!

Wir brauchen **100 Prozent Respekt** genauso wie **100 Prozent Netzabdeckung**

Die SPD will die Grundrente durchsetzen. Die SPD macht sich stark für einen neuen Sozialstaat. Die SPD will die Debatte um Hartz IV hinter sich lassen.

Das waren Nachrichten der letzten Wochen, die eingeschlagen sind. Sie haben viele Menschen sehr positiv angesprochen – nicht zuletzt in unseren eigenen Reihen. Das liegt vor allem daran, dass wir mit beiden Beschlüssen das „Man müsste mal...“ hinter uns gelassen haben und zu Ende gedachte, umsetzbare Konzepte vorgelegt haben. Und: Wir haben klar gesagt, was wir wollen, und nicht kleinlaut überlegt, was CDU und CSU uns wohl durchgehen lassen.

Für uns in Sachsen-Anhalt und in den anderen ostdeutschen Ländern kommt aber noch etwas Wichtiges hinzu: Diese sozialpolitischen Beschlüsse der SPD gehen in starkem Maße auf Problemlagen ein, die in Ostdeutschland besonders unter den Nägeln brennen. Wir haben es geschafft, eine ostdeutsche Handschrift einzubringen.

Na klar, wird jetzt mancher sagen, von vier Landtagswahlen in diesem Jahr finden drei im Osten statt, da darf man Ost-Themen ja gar nicht ignorieren. Das stimmt – und doch ist genau das in den letzten Jahren allzu oft passiert.

Der Geist von Schwante

Dass es diesmal besser gelaufen ist, hat mit einem kleinen Dorf im Landkreis Oberhavel zu tun: In Schwante, wo 1989 die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet wurde, haben wir uns am letzten Januarwochenende als ostdeutsche SPD zu einer Klausurtagung getroffen – natürlich auch, um auf unsere eigene Geschichte zurückzublicken, aber auch, um unsere Marschroute für die innerparteilichen Debatten in der SPD festzulegen.

Der Geist von Schwante hat sich als guter Geist für die SPD erwiesen. Die klaren Botschaften, die Hubertus Heil als Arbeits- und Sozialminister von den Vertreterinnen und Vertretern der ostdeutschen SPD-Landesverbände mitgegeben bekam, hat er konsequent in das Konzept der Grundrente umgesetzt, das er kurze Zeit später in Berlin vorstellte.

Das gilt besonders für die Frage, ob die Grundrente von einer Prüfung der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden soll. Das hatten CDU und CSU im Koalitionsvertrag noch durchgesetzt, aber an dieser Stelle ist es unbedingt notwendig, über den Koalitionsvertrag hinauszugehen. Bei der Grundrente geht es um Respekt, um die Anerkennung der Arbeits- und Lebensleistung von Menschen, die trotz langer Erwerbstätigkeit bislang einen so geringen Rentenanspruch haben, dass sie auf Sozialhilfe angewiesen sind. Und das sind im Osten nun einmal mehr Menschen als im Westen.

Wer Menschen Respekt zollen will, der darf sie nicht „aufs Amt“ schicken, damit sie sich erstmal bescheinigen lassen, ob sie denn den Respekt wohl auch verdient haben.

Es tut der SPD gut, dass sie endlich auf den Punkt kommt. Wir führen jahrelange Diskus-



sionen über die Aufgaben des Sozialstaats jetzt zu einem klaren Konzept zusammen. Und man spürt gleich, dass es für klare Konte auch Unterstützung bei den Wählerinnen und Wählern gibt. So auch jüngst bei einem öffentlichen Bürgergespräch der SPD-Landtagsfraktion aus Anlass ihrer Klausurtagung in Tangermünde. Es war erfreulich zu sehen, wie positiv der Vorschlag der Grundrente bei den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern in Schulzens Brauerei ankam.

Ein Sozialstaat ohne Bittsteller

Und ja, auch das neue Sozialstaatskonzept der SPD ist eine gute Nachricht für die Menschen in Ostdeutschland. Weil ein erhöhter Mindestlohn hier dringend benötigt wird. Weil Ostdeutschland von vielen Unternehmen als Experimentierfeld für Deregulierung und Tarifflicht genutzt wurde und es uns gut tut, wenn wir neue Regeln und neue Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einführen. Weil wir mit dem Recht auf Heimarbeit gleichzeitig den Schutz vor ständiger Erreichbarkeit in der Freizeit einführen wollen. Weil ein Sozialstaat, der Menschen nicht als Bittsteller behandelt, viel beitragen kann zu Lebensqualität, Selbstbewusstsein und positiver Identität.

Über zwei Punkte im Konzept zum Bürgergeld bin ich besonders froh, weil ich mich im Parteivorstand persönlich dafür eingesetzt habe. Erstens: Besser als Sanktionen sind positive Anreize. Deshalb soll es jetzt zum Beispiel beim Bürgergeld einen Bonus für Weiterbildung geben. Und zweitens: Alle

Leistungen für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sollen von der Arbeitsagentur erbracht werden. Wer arbeitet, aber aufstochen muss, hat kein Verständnis für das bürokratische Hin und Her zwischen Arbeitsagentur und Jobcentern.

Erfolgreich Flagge gezeigt hat die Ost-SPD auch beim Strukturwandel im Braunkohlerevier. Für uns in Sachsen-Anhalt kam es dabei besonders darauf an, dass das Mitteldeutsche Revier nicht zwischen den Interessen der Lausitz und des Rheinischen Reviers zerrieben werden. Sachsen-Anhalt ist es erkennbar geglückt, als kleinste noch aktive Kohleabbaugebiet dennoch sichtbar und unüberhörbar zu bleiben.

Innovation gehört zu unserer Geschichte und ist die Basis für unsere Zukunft. Heute müssen wir diese Innovationskraft stärken und darauf bauen, uns unsere Lebens- und Produktionsgrundlagen zu erhalten. Klimaschutz ist dabei der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklungsstrategie. Die entscheidende Arbeit beginnt aber erst jetzt. Vor Ort müssen realisierbare, zukunftsfähige Ansiedlungs- und Infrastrukturprojekte entwickelt werden.

Unverzichtbar: der Härtefallfonds

Haben wir jetzt schon alle Punkte gesetzt, die für Ostdeutschland im Moment besonders wichtig sind? Nein, noch nicht, auch nicht bei der Rente. Die Rente ist immer eine der wichtigsten Fragen für das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen, erst recht im Verhältnis zwischen Ost und West. Seit der Wiederver-

einigung ist in Ostdeutschland jetzt schon eine ganze Generation in Rente gegangen. Vielen wurde durch Renteneinbußen das Gefühl vermittelt, ihre Lebensleistung sei weniger wert. Wir haben deshalb allen Grund, die Rentenangleichung zwischen Ost und West schneller zu vollziehen als derzeit geplant.

Außerdem brauchen wir zügig den im Koalitionsvertrag vorgesehenen Härtefallfonds. Die Probleme vieler Menschen können im „normalen“ Rentensystem nicht gelöst werden. Das gilt zum Beispiel für in der DDR geschiedene Frauen, aber auch für bestimmte Berufsgruppen, die trotz ihrer Erwerbsbiographie keine ausreichende Altersversorgung haben. Die Betroffenen brauchen die Gewissheit, dass die SPD neben der Diskussion über die Grundrente auch an einer Lösung für diese lange bekannten Probleme arbeitet. Dafür ist der Härtefallfonds unverzichtbar.

Die SPD im Bund und in Sachsen-Anhalt liegen derzeit ganz auf einer Linie. Wir arbeiten auf beiden Ebenen an derselben Aufgabe: in einer schwierigen Koalition praktische Verbesserungen zu erreichen – und gleichzeitig Projekte anzuschieben, die für SPD-Politik pur stehen. Das ist ehrgeizig, aber wir kommen Schritt für Schritt besser voran. Für Sachsen-Anhalt seien nur die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei Kita-Beiträgen und beim kommunalen Straßenbau genannt, ein arbeitnehmerfreundliches Vergabegesetz, unsere Pläne für ein Azubiticket und für Schulgeldfreiheit in Erzieher- und Gesundheitsberufen.

Von Milchkannen und 5G

Dass wir im Moment programmatisch in der Offensive sind, spürt auch die Konkurrenz. Nur so ist es zu erklären, dass jemand wie der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Christian Hirte (CDU), ausgerechnet uns vorwirft, „herumzujammern, dass die Ostdeutschen zu kurz gekommen sind und deshalb mehr Geld verteilt werden muss“.

Keine Rede von Jammerei. Die SPD in Ost und West erarbeitet sich gerade mit neuem Selbstbewusstsein auch neue Chancen. Und dabei blicken wir keineswegs nur auf die Generationen, die bald in Rente gehen. Im Gegenteil: Wir schaffen die Grundlagen für eine moderne Arbeits- und Industriegesellschaft.

Eine dieser Grundlagen muss eine digitale Infrastruktur sein, die sicherstellt, dass alle Regionen den Anschluss behalten. Gerade für den ländlichen Raum in Ostdeutschland gilt: Eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung ist eines der wichtigsten Instrumente dafür, den Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen und gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen. Dafür darf aber niemand zurückgelassen werden: Um 5G an der Milchkanne kommen wir also nicht herum.

Der Osten braucht 100 Prozent Respekt und 100 Prozent Rentenangleichung genauso wie 100 Prozent Netzabdeckung!

Katja Pähle

Öffentliche Bürgergespräche Ein Format startet durch

Bereits zum siebten Mal hatte die SPD-Landtagsfraktion am 4. Februar 2019 zum öffentlichen Bürgergespräch eingeladen – diesmal aus Anlass ihrer Klausurtagung in Tangermünde. Ein volles Haus erwartete die Besucherinnen und Besucher in Schulzens Brauerei, und die Mitglieder der Landtagsfraktion standen ebenso wie die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre Rede und Antwort. Die Bilder auf der nebenstehenden Seite zeigen Eindrücke von diesem Abend.

In Tangermünde galt dasselbe Prinzip wie bei den sechs Runden davor: Es gibt keine thematischen Vorgaben, jede und jeder kann ansprechen, was sie oder ihn bewegt. Bestimmte Themen kehren dabei immer wieder: Ganz vorne das Thema Breitbandausbau, die ärztliche Versorgung auf dem Land und immer wieder das KiFöG. Aber auch Themen wie die Beziehungen zu Russland oder Einzelprojekte wie in Schierke werden angesprochen.

Und es funktioniert: Es gibt durchweg positive Rückmeldungen, auch von Gästen, die sehr kritische Fragen stellen. Der direkte Kontakt zwischen

WählerInnen und Gewählten zahlt sich für beide Seiten aus.

Das Format soll deshalb ausgeweitet werden. Bislang fanden die Veranstaltungen dann statt, wenn die Fraktion außerhalb von Magdeburg zu Klausurtagungen oder Fraktionssitzungen zusammenkam. Jetzt sollen die Bürgergespräche auch über solche Anlässe hinaus durchgeführt werden. Vorschläge, wo sich Abgeordnete und Regierungsmitglieder der Diskussion stellen sollen, sind herzlich willkommen.

Die bisherigen Bürgergespräche:

19.3.2018	Osterburg
24.4.2018	Gardelegen
14.8.2018	Hohenmölsen
10.9.2018	Blankenburg
13.11.2018	Dessau-Roßlau
4.12.2018	Gröningen
4.2.2019	Tangermünde

Die nächsten Termine:

19.3.2019	Querfurt
8.4.2019	Jerichow
8.5.2019	Oebisfelde-Weferlingen
14.5.2019	Köthen

SPD-Landesvorstand beschließt Zeitplan für den Weg zum künftigen Landesvorsitz

Der SPD-Landesvorstand Sachsen-Anhalt hat sich auf den Zeitplan für den Weg zum künftigen Landesvorsitz verständigt. Der derzeitige Vorstand unter dem Vorsitz von Burkhard Lischka wurde im Januar 2017 auf dem ordentlichen Parteitag in Wernigerode für zwei Jahre gewählt und ist noch bis Anfang 2020 im Amt.

Der beschlossene Zeitplan sieht wie folgt aus:

- Von Anfang Juni bis Ende August 2019 können die Gliederungen Bewerberinnen und Bewerber aufstellen.
- Im September und Oktober 2019 finden Regionalkonferenzen zur Vorstellung der und zur Diskussion mit den Bewerberinnen und Bewerbern statt.
- Wenn es mehrere Kandidaturen gibt, findet im November und Dezember 2019 eine landesweite Mitgliederbefragung statt.
- Die Wahl erfolgt im Januar 2020 durch den Landesparteitag.

Einzelheiten zum Verfahren und zur Durchführung einer Mitgliederbefragung sollen in der nächsten Landesvorstandssitzung am 25. Februar 2019 beschlossen werden. ■

Vorankündigung

Die Jusos Börde planen für Freitag, den 29. März 2019, eine Veranstaltung mit Nils Heisterhagen in Magdeburg. Er wird sein Buch vorstellen und darüber diskutieren. Ort und Zeit erfahrt Ihr demnächst auf www.jusos-boerde.de.

Impressum

ViSdP: Friederike Rösler
Redaktion: Martin Krems-Möbbeck
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an:
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de
Anschrift:
SPD Sachsen-Anhalt
Redaktion WiSA/Vorwärts
Bürgerstraße 1, 391054 Magdeburg
Foto Lischka S. 1: Nilz Böhme

100 Jahre Frauenwahlrecht

Vom **Frauenwahlrecht** zur Parität?!

Der 12. November 1918 gilt als die Geburtsstunde des Frauenwahlrechts in Deutschland. Bei der anschließenden Wahl zur Deutschen Nationalversammlung im Januar 1919 durften Frauen erstmals wählen und gewählt werden – 37 weibliche Abgeordnete gehörten der Nationalversammlung schließlich an. Das entspricht einer Quote von rund neun Prozent.

100 Jahre später sind im Deutschen Bundestag mit knapp 31 Prozent so wenig Frauen vertreten wie seit 20 Jahren nicht. Auch in den Landesparlamenten und Kommunen stagniert die Zahl aktiver Politikerinnen seit Jahren oder sinkt sogar. Diese wenig erfreu-

liche Entwicklung nahm die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) in einer Kooperationsveranstaltung mit dem Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt am 24. Januar 2019 zum Anlass, der Frage „100 Jahre Frauenwahlrecht. Ziel erreicht – und weiter?“ nachzugehen. Nachdem **Rebecca Beerheide** das von ihr herausgegebene gleichnamige Buch vorgestellt hatte, bezogen die Autorin, Katja Pähle und Eva von Angern in der anschließenden Gesprächsrunde zu historischen und aktuellen frauenpolitischen Themen Stellung.

„Die Hälfte der Bevölkerung besteht aus Frauen, aber ihre Perspektiven sind in der Politik eklatant unterrepräsentiert“, sagt **Sarah Schulze**, Vorsitzende der ASF Sachsen-Anhalt und Moderatorin der Veranstaltung. „Ohne Geschlechtergerechtigkeit bleibt die Demokratie unvollendet. Es bedarf vieler verschiedener Maßnahmen, damit Frauen und Männer entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil in politischen Mandaten und

Ämtern repräsentiert sind. Den Parteien kommt eine entscheidende Rolle dabei zu, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Sie müssen Frauen für eine politische Karriere ermutigen und strukturelle Nachteile bei der Aufstellung von Kandidaturen innerhalb der Parteien beseitigen.“

Um die geringe Vertretung von Frauen zu beseitigen, habe man in anderen europäischen Ländern Regelungen zur Repräsentation der Geschlechter etabliert, die sicherstellen sollen, dass Frauen und Männer paritätisch in allen Parlamenten vertreten sind. Diese Regelungen hätten jeweils zu einem deutlichen Anstieg der politischen Beteiligung von Frauen geführt, ergänzt **Eva von Angern**, Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt. „Angesichts der jüngsten Entwicklungen muss daher sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene über Wahlrechtsänderungen zur Herstellung von Parität nachgedacht werden“, so von Angern.

Im Koalitionsvertrag hätten sich die Koalitionspartner von SPD, CDU und Grünen daher darauf geeinigt, die Einführung eines verfassungskonformen Paritätsgesetzes, das Regelungen sowohl für die kommunale Ebene als auch die Landesebene enthält, zu prüfen. „Auf die Ergebnisse dieser Prüfung warten wir jedoch immer noch“, bedauert **Katja Pähle**, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Angesichts der Diskussionen in zahlreichen Bundesländern über ein Paritätsgesetz – darunter Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen – erhofft sich Pähle auch neuen Schwung für die Debatte in Sachsen-Anhalt: „Die Diskussion müssen wir in Sachsen-Anhalt genauso führen wie in den anderen Bundesländern. Denn so wie es jetzt ist – dass nämlich der Frauenanteil sogar sinkt –, so darf es nicht bleiben. Die Hauptverantwortung dafür tragen übrigens die Parteien: Wer keine Frauen aufstellt, schickt natürlich auch keine ins Parlament.“

Kommunalwahlen am 26. Mai: ein Beispiel aus der Börde

Kann die **SPD in Oschersleben** ihre starke Position verteidigen?

Oschersleben war schon immer eine der Hochburgen der SPD im Landkreis Börde. Vor den anstehenden Kommunalwahlen treibt die Genossen die Frage um, ob das so bleiben wird.

Oschersleben – so könnte man es beschreiben – schwebte in den letzten Jahren zwischen Hoffnung und Resignation. Seit 2015 gibt es in der Bodestadt einen jungen Bürgermeister: Benjamin Kanngießer, der als parteiloser Bewerber für die Sozialdemokraten ins Rennen ging und sich seinerzeit mit 60 Prozent im ersten Wahlgang deutlich vor seinen Mitbewerbern durchsetzen konnte. Kindertagesstätten und Schulen werden saniert, ebenso der marode Bahnhof, der wieder zum Aushängeschild der beschaulichen Kleinstadt mit etwa 19.000 Einwohnern werden soll, und auch die alte Burg an den Ausläufern des Großen Bruches, einer Feuchtwiesenlandschaft, konnte erfolgreich instandgesetzt werden.

Und doch macht sich Resignation breit, läuft es in Oschersleben doch so wie fast überall im ländlichen Raum: Die Innenstadt stirbt nach und nach aus, und Leerstand macht sich breit. In zehn Jahren wird die Bevölkerung etwa zu einem Drittel aus Rentnern bestehen. Junge Menschen verlassen reihenweise die Stadt für Studium und Ausbildung – viele kehren nicht zurück. Diese brisante Ausgangslage, das enorme Spannungsverhältnis zwischen Optimismus und Trostlosigkeit, wird ihren Ausdruck auch in der anstehenden Stadtratswahl finden.

Bürgermeister Kanngießer gibt sich im Interview mit der Volksstimme derweil optimistisch, was die Entwicklungen der letzten Jahre in der Stadt angeht: „Zurückblickend kann man mit Fug und Recht behaupten, dass sich sehr viel getan hat. Allerdings kann man in einer so kurzen Zeitspanne nicht aufholen, was über Jahre versäumt wurde oder vorher einen anderen Stellenwert hatte“, blickt er zurück und ergänzt: „Wir haben unzählige Entscheidungen getroffen und zahlreiche Beschlüsse gefasst. Zum Beispiel war es mein Wunsch, den Ehrenamtspreis aus der Taufe zu heben und das ehrenamtliche Engage-

ment der vielen Bürgerinnen und Bürger, die sich für ihren Verein, ihre Institution oder ganz einfach für andere Menschen einsetzen, entsprechend zu würdigen.“

SPD wirkt – etwa bei der Rettung des Freibades

Kanngießer blickt zuversichtlich in die Zukunft. Und tatsächlich scheint es, als gäbe es kommunalpolitisch Hoffnung – eng verknüpft mit dem Wirken der Sozialdemokratie vor Ort. Eines der großen Projekte seit 2014 war für die SPD-Fraktion im Stadtrat der Erhalt des örtlichen Freibades, das für Jung und Alt ein wichtiger Treffpunkt war und ist. Dieses Ziel konnte dank der Synergie zwischen einer Bürgerinitiative, ihren engagierten Initiatoren und der SPD in Oschersleben erreicht werden. Das Freibad steht, die SPD hat Wort gehalten. Jährlich lenkt sie zu ihrem traditionellen Fest am Tag der Arbeit den Fokus auf das Kleinod im Norden der Stadt. Und auch an Arbeitseinsätzen auf dem Gelände ist die SPD immer wieder beteiligt und initiierte jüngst auch die Gründung eines Fördervereins.

31,9 Prozent, so lautete 2014 das stolze Ergebnis für die SPD bei den Stadtratswahlen in Oschersleben. Das bedeutete seinerzeit 12 Mandate für die Fraktion, die aus erfahrenen Kommunalpolitikern wie Burkhard Kanngießer und damals neuen Gesichtern wie dem Fraktionsvorsitzenden Olaf Pankow besteht. Mit dem Resultat landete man 0,2 Prozentpunkte vor der CDU und konnte sich über den Wahlsieg freuen. In diesem Jahr wird aufgrund der gesunkenen Einwohnerzahl der Stadtrat von 36 auf nur noch 28 Sitze verkleinert. Das wirkt sich auch auf die SPD aus. Mit den zuletzt immer schlechter werdenden Ergebnissen im Bund und der Ausgangslage eines verkleinerten Stadtrates wird die Partei in Oschersleben aller Voraussicht nach das eine oder andere Mandat verlieren. CDU, Freie Unabhängige Wählergemeinschaft und auch die AfD machen Druck von rechts. Erfahrene linke Kommunalpolitiker und vom Bundestrend beflügelte Jung-Grüne werden von der anderen Seite versuchen, der SPD Plätze im Rat abzunehmen.

Olaf Pankow, der neben dem Fraktionsvorsitz seit 2018 auch dem Ortsverein der Bodestadt vorsteht, gibt sich kämpferisch: „Wir wollen mindestens acht Mandate für die SPD holen.“

Zahl der Jusos wächst beständig

Helfen soll dabei neben der erfolgreichen Bilanz der letzten Jahre auch der „frische Wind“ der Parteijugend. Die Zahl der aktiven Jusos ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Die Jusos engagieren sich nicht nur im Wahlkampf, sondern übernehmen auch im Vorstand Verantwortung. Die neuen Ideen und Impulse können der SPD in Oschersleben helfen, an die alten Erfolge anzuknüpfen. Sarah Müller, 18-jährige Schülerin und seit 2017 Mitglied in der SPD, wird als junge Kandidatin den Schritt wagen, für den Stadtrat zu kandidieren. Sie sagt: „Bei einem Workshop der Stadt zum geplanten Jugendzentrum ist mir klar geworden, dass es an weiteren dieser ‚jungen‘ Ideen fehlt, um Oschersleben und die Ortschaften für alle attraktiver zu machen. Und genau das ist mein Ziel: Ich möchte auch die Meinung der jungen Leute einbringen,

diese ansprechen und ihnen zuhören.“

Wahlziel Bürgerhaushalt

Neben dem geplanten Bau des Jugendzentrums steht für die SPD in Oschersleben ein weiteres Ziel im Vordergrund: Die Schaffung eines Bürgerhaushaltes. Direkte Mitbestimmung für die Menschen in konkreten Fragen kommunalpolitischen Wirkens verspricht sich der Ortsverein von dieser Idee. Ziel soll es sein, ein etwa 50.000 Euro starkes Budget im Haushalt einzustellen. Über die Verwendung könnten die Bürgerinnen und Bürger dann auf einem Stadtfest entscheiden, die Vorschläge würden zuvor eingereicht und von Seiten der Verwaltung geprüft werden. Oschersleben kann in den nächsten Jahren also von Kontinuität und Innovation gleichermaßen profitieren. Eine Rolle dabei wird spielen, wie stark der Rückenwind der Wähler für die Arbeit der SPD in der Stadt sein wird. Das Motto der Sozialdemokraten: „Wir von hier – gemeinsam für Oschersleben“.

Lennart Birth

KREISVERBAND STENDAL
SPD

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einer Freundin, der Vorsitzenden unseres Ortsvereins und einer langjährigen Begleiterin im Kreisvorstand

Ruth Kaltschmidt-Beuting

Mit ihrem Streiten für diejenigen, die das nicht selbst können, war sie Sozialdemokratin mit jeder Faser ihres Herzens. Ihre Leidenschaft und Unermüdlichkeit, ihre Herzlichkeit und die Fähigkeit, Menschen ernst zu nehmen, so wie sie sind, werden uns fehlen.

Der SPD-Kreisverband Stendal
Der SPD-Ortsverein Klietz-Neuermark-Lübars